



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/297 - 27. Dezember 1955

Hinweise

auf den Inhalt:

Aufgaben des Atomzeitalters	S. 1
Italiens Hoffnung: Die Gewinnung der Arbeiter	S. 3
Zur sowjetischen Amnestie	S. 5
Wertvolle Eingeständnisse - zu einem parteioffiziösen Artikel der CDU	S. 7

---

## Weltmacht Atom

Von Fritz Erlar, M.d.B.

Als im Jahre 1945 die erste Atombombe eine japanische Stadt in Schutt und Asche legte und Zehntausende von Menschen tötete, begann ein neues Zeitalter der Menschheit. Es kann ein kurzes sein und würde dann mit der Selbsterstörung der Menschheit enden. Es kann auch ein Zeitalter des Friedens und des Wohlstandes werden, wie es der Menschheit bisher noch nie beschieden war.

Die Entwicklung der Atomenergie zeigt, wie sehr das politische Leben der Menschheit und das Schicksal jedes Einzelnen bestimmt werden von dem Stande der Technik. Sie zeigt aber auch, dass die Ausnutzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse keinesfalls blinde naturgesetzliche Vorgänge in der Menschheitsentwicklung auslöst, sondern von den Menschen mit Willen und Bewusstsein gestaltet werden kann. Die Atomenergie kann Fluch und Segen sein. Beides liegt in unserer Hand.

Der Reichtum vieler Länder des Erdballes hängt jetzt zusammen mit der elektrischen Energie, die jedem Arbeitenden zur Verfügung steht. Das erklärt den Vorsprung zunächst der Länder mit Kohlen-schätzen, dann der mit systematisch ausgebauten Wasserkraften und schliesslich der grossen Erdölrenten vor den anderen. Auf grossen Teilen des Erdballes herrschen immer noch Hunger und Entbehrung. Die

Freiheit kann in der Auseinandersetzung mit den modernen Formen der Sklaverei nur siegen, wenn sie den Kampf gegen den Hunger gewinnt und den Menschen ein höheres Lebensniveau bringt als die Unfreiheit. Die Atomenergie könnte einen grossen Beitrag zur Entwicklung der zurückgebliebenen Gebiete in der Welt leisten und damit viele Menschen nähren, kleiden und menschenwürdig unterbringen helfen. Kohletransporte verschlingen ungeheure Summen. Der Transport von Uran kostet im Vergleich zur gewonnenen Energie fast nichts. Noch ist die Atomenergie nicht billiger als die aus Kohle, Öl oder Wasserkraft. In einigen Jahren wird sich das Bild grundlegend wandeln.

Selbst in alten Industriegebieten gehen die konkurrenzfähigen Kohlenvorkommen ihrer Erschöpfung entgegen. Deutschland hat viel Kohle, aber sie liegt zu tief und kommt in zu dünnen Schichten vor. Deutsche Kohle ist infolgedessen teurer als amerikanische. Auch Deutschland wird die Entwicklung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken mitmachen müssen, wenn es nicht ein unterentwickeltes Land werden soll.

Es handelt sich aber nicht nur um die Energie aus der Spaltung des Urans und der verwandten Mineralien. Bei der Energiegewinnung entsteht eine Fülle von selbst Strahlen aussendenden Abfallprodukten, von Isotopen, die in der modernen Technik und Wissenschaft eine grosse Rolle spielen. Sie dienen der Materialprüfung, der Pflanzen- und Tierzucht, der biologischen und medizinischen Forschung und auch der Bekämpfung von Krankheiten. Hunderte dieser Isotopen werden heute schon gehandelt. Ein Land, das auf ihre Herstellung und Verwendung verzichtet, gerät in Wissenschaft und Technik in Rückstand.

Heute schon ist die Industrie, die Uran verarbeitet, Atomreaktoren baut und Isotope erzeugt und verarbeitet, ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor geworden. Allein in den Vereinigten Staaten arbeiten 1.800 Firmen auf diesem Gebiet. Ein grosser neuer Markt hat sich aufgetan. Der Konkurrenzkampf zwischen den USA und Grossbritannien ist längst im Gange. Ein Industrieland wie Deutschland kann seine Exportpositionen, von denen es lebt, nur verteidigen, wenn es mit der modernen technischen Entwicklung auf allen Gebieten Schritt hält.

Die Atomenergie verändert die moderne Industriegesellschaft. Der

gleiche Rohstoff gibt elektrischen Strom oder Atombomben. Man kann diese neue Industrie daher nicht unkontrolliert Privathänden überlassen. Es ist auch nicht einzusehen, weshalb Privatmonopole den Gewinn einstreichen sollen, nachdem die Allgemeinheit ungezählte Millionen an Entwicklungskosten ausgegeben hat. Ausserdem würde unkontrolliertes Gewinnstreben selbst bei der friedlichen Verwertung der Atomenergie zu schweren gesundheitlichen Gefahren führen. Man muss auch die Neben- und Abfallprodukte unter Kontrolle halten, weil sonst die Bevölkerung mit den Radiumstrahlungen vergiftet wird. Nach einem Jahrhundert der Industrieentwicklung merken wir heute, dass unsere Luft verpestet und unser Wasser verunreinigt sind. Soll sich das bei der Atomenergie auf tausendmal gefährlichere Weise wiederholen?

Vor allem ist zwischen den von der Führung bisher ausgeschlossene europäischen Ländern eine engere Zusammenarbeit nötig. Forschung und Entwicklung kosten viel Geld. Sinnvolle Arbeitsteilung kann allen nützen. Es muss aber darüber gewacht werden, dass "EURATOM", eine europäische Atombehörde, nicht lediglich als Tessel für die deutsche Atomentwicklung gestaltet wird.

Leider ist Deutschland nicht Mitglied der Vereinten Nationen und nimmt infolgedessen an der Schaffung der weltumspannenden internationalen Atombehörde noch nicht teil. Es ist zu wünschen, dass die Bundesrepublik Deutschland wie zu anderen Sonderorganisationen der VN so auch zu dieser zugelassen wird, um an der gemeinsamen Forschung mitzuwirken und der Rohstoffe, welche die grossen Atomkräfte zur Verfügung stellen, teilhaftig zu werden.

Leider haben die Vereinten Nationen nur eine Atombehörde für die friedliche Verwertung der Atomenergie geschaffen, aber dem Wettüsten auf dem Gebiet der Atomwaffen noch kein Ende setzen können. Solange nicht ein umfassendes, alle wesentlichen Waffen einschliessendes und international kontrolliertes Abkommen über die Begrenzung der Rüstungen und damit die Ausschaltung der Atomwaffen erreicht ist, hängt über der Menschheit immer noch die Drohung der Selbstzerstörung. Die Grossmächte wissen, dass keine von ihnen einen Krieg mit Wasserstoffbomben überleben würde. Der Frieden hängt also von der Hoffnung ab, dass keiner der Grossen den eigenen Untergang heraufbeschwören will. Die Aufgabe der praktischen Politik muss es aber sein, diesen Selbstmord der Menschheit unmöglich zu machen.

Italien am Jahresende

PE - Rom, Ende Dezember

Wenn sich die Frage, welches Ereignis des abgelaufenen Jahres den italienischen "Mann von der Strasse" am stärksten beeindruckt und die meisten Hoffnungen in ihm geweckt habe, in dieser generellen Form überhaupt beantworten lässt, so wird man als dieses Ereignis wohl am ehesten die Wahl Giovanni Gronchis zum neuen Staatspräsidenten bezeichnen dürfen.

Der christlich-demokratische Politiker Gronchi hat ja seit Jahren keinen Zweifel daran gelassen, dass seiner Überzeugung nach der schroff "antikommunistische" Kurs, den De Gasperi und dessen Nachfolger Scelba eingeschlagen hatten, deshalb verfehlt war, weil er die Zahl der kommunistischen Wähler vermehrte, statt sie zu verringern. Dass man Italien auf die Dauer nicht gegen, sondern nur im Einklang mit der Arbeiterschaft regieren könne und dass es daher unerlässlich sei, den vielen berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft nach sozialer Gerechtigkeit viel weiter als bisher entgegenzukommen, diese Ansicht hat dann Gronchi gleich in seiner ersten Botschaft bei Übernahme des Staatspräsidenten-Amtes mit unmissverständlicher Deutlichkeit geäußert.

Es ist bestimmt mehr als eine Äusserlichkeit, wenn Gronchi überall, wo er sich in der Öffentlichkeit blicken lässt, mit geradezu stürmischem Enthusiasmus gefeiert wird, obwohl der neue Staatsoberhaupt ja noch nicht einmal ein Jahr im Amte ist und daher nicht allzuvielen Gelegenheiten gefunden hat, den Gang der italienischen Politik wirklich bestimmend zu beeinflussen. In Gronchi hat das italienische Volk offenbar eine Persönlichkeit gefunden, die ihre Hoffnungen auf eine bessere und gerechtere Ordnung des Staates und der Gesellschaft symbolhaft verkörpert, und man wird nicht verkennen dürfen, dass der Präsident selbst alles daransetzt, um - mit bisweilen beinahe demagogischen Mitteln - den Eindruck, als sei er der Paladin der Erniedrigten und Beleidigten, bei jeder Gelegenheit noch zu verstärken.

Dass dieser Entwicklung gewisse Gefahren innewohnen, wird von skeptischeren Politikern bereits deutlich erkannt. Es könnte nämlich

sehr wohl dahin kommen, dass Gronchi - wozu gewisse Ansätze bereits jetzt vorhanden sind - seine Volkstümlichkeit eines Tages dazu ausnützt, die Befugnisse, die die Verfassung dem Staatspräsidenten zuerkennt, im Sinne eines "Neu-Peronismus" willkürlich auszuweiten und aus der parlamentarischen eine Präsidialrepublik zu machen. Die Sorge, dass etwas dieser Art sich abbahnen könnte, wird aber einstweilen von den breiten Massen nicht empfunden, die nach wie vor in der Berufung Gronchis an die Spitze des Staates ein Symbol für eine einschneidende Wandlung zum Besseren erblicken. Die Ersetzung Secalbas durch Segni an der Spitze der Regierung wird im selben Sinne aufgefasst - und wohl auch mit Recht. Gronchi als Staatspräsident und Segni als Regierungschef - das ist ein Team, das zweifellos einen wichtigen neuen Abschnitt in der politischen Entwicklung Italiens repräsentiert.

#### Parteiengefüge im Fluss

Auf der anderen Seite der Barrikade aber stehen zwar nach wie vor dieselben Männer, Togliatti als Kommunisten-, Nenni als Sozialistenführer, aber auch ihre Haltung ist heute eine wesentlich andere als noch vor einem Jahr. Von der einstigen sturen Opposition der extremen Linksparteien ist kaum mehr etwas übriggeblieben. Immer wieder kann man es erleben, dass die Linke mit sich reden lässt und zu vernünftigen Kompromissen bereit ist.

Man mag dieser Taktik misstrauen und darin nur eine Kriegslust erblicken, die ausschliesslich auf die langsame Zersetzung der Regierungskoalition abzielt. Dennoch ist kaum zu bestreiten, dass gerade im Italien des Jahres 1955 im Zeichen des "Klimas von Genf", oder wie immer man die neue politische Atmosphäre bezeichnen mag, Veränderungen auf innerpolitischem Gebiet vor sich gegangen sind, die nicht so leicht wieder rückgängig zu machen sein dürften. Die vieldiskutierte "apertura a sinistra", die Einbeziehung des Nenni-Sozialismus in den Kreis der politischen Kräfte, die das fernere Geschick des Landes bestimmen werden, ist wohl im Augenblick noch nicht spruchreif, aber sie liegt sozusagen in der Luft, und dies wird in so ziemlich allen Bevölkerungsschichten deutlich empfunden. Das gesamte Parteiengefüge Italiens kommt immer stärker in Fluss und drängt neuen Gruppierungen zu, in denen voraussichtlich das sozia-

listische Element eine wesentlich grössere Rolle spielen dürfte als bisher.

Eine solche Herauslösung des italienischen Sozialismus aus seiner bisherigen Bindung an den Kommunismus und seine Wiedergewinnung für den demokratischen Staat - eine Entwicklung, die, wenn nicht alle Anzeichen trügen, im kommenden Jahr greifbare Formen annehmen könnte - erscheint dem "Mann von der Strasse" in seiner grossen Mehrheit als eine leuchtende Hoffnung. Und allgemein ist der Eindruck verbreitet, dass Italien der Verwirklichung dieser Hoffnungen im abgelaufenen Jahr um ein wesentliches, um ein entscheidendes Stück Weges nähergekommen ist.

+ + +

#### Das Dilemma mit den "Schwerverbrechern"

Kj. Die Pankower Regierung hat bzw. will 2616 Kriegsverurteilte entlassen, die ihr 1950 "zur Verbüßung der gerechten Strafe" von der sowjetischen Besatzungsmacht übergeben worden waren. Für uns ist die Tatsache der Freilassung eine grosse Freude - aber haben wir Veranlassung, uns für diesen "Grossmut" zu bedanken? Gewiss nicht. Die Pankower Regierung hat sich bisher allzu bereitwillig zum Büttel einer fremden und fragwürdigen Militärjustiz gemacht und unbeschene neben einer Kinderheit von echten Verbrechern Tausende von völlig unschuldigen Menschen jahrelang in den mitteleuropäischen Zuchthäusern gequält.

Es werden nicht alle von der Besatzungsmacht Verurteilten entlassen: "Schwerverbrecher" bleiben weiter in Haft. Nun, es werden nicht wenige sein, genaue Zahlen aber sind schwer feststellbar. 1950 jedenfalls hatte die "DDR" 10 000 Tribunalverurteilte zum Strafvollzug übernommen. Diese offiziell bekanntgegebene Zahl dürfte aber nicht stimmen, denn bei der Amnestie im Januar vorigen Jahres wurden 6 000 Personen entlassen, von denen es amtlich hiess, es sei die Hälfte der Inhaftierten. Also müssten sich bis zu Pankows neuestem "Gnadenerlass" noch sehr viel mehr als 6 000 Kriegsverurteilte in den Zuchthäusern der Zone befunden haben, denn in den letzten Jahren stand die Bestrafungsmaschine der Sowjets nicht still.

Die sogenannten "Kriegsverurteilten" sind fast ausnahmslos

politische Häftlinge und haben mit den Kriegereignissen nichts zu tun. Und was sind das für "Schwerverbrecher", die nicht entlassen werden können? Es sind Menschen, die für Pankow "politisch untragbar" sind, echte Widerstandskämpfer und aufrechte Demokraten. Was nicht ausschließt, dass sich unter den Zurückgehaltenen ebenso echte Verbrecher befinden, wie unter den 269 nichtamnestierten Kriegsgefangenen, die in den letzten Tagen aus Russland kamen und in mitteldeutsche Gefängnisse gebracht wurden.

Mit den aus der Sowjetunion "verlegten" Häftlingen hat es sich Pankow, wie immer, leicht gemacht: man akzeptiert die Urteile, ohne sie nachzuprüfen. Der gesunde Menschenverstand sagt zwar auch bei uns: wenn die Russen Leute wie Schörner und Glaueberg entlassen haben, wie sehen dann erst jene Schwerverbrecher aus, die Moskau nicht einmal heute amnestieren will? Aber mit dem gesunden Menschenverstand ist hier nicht viel anzufangen, denn nichts ist bei den Sowjets so verworren wie die Militärjustiz - willkürlich, grausam, auf Solterfüllung und Staatsräson bedacht. Heimkehrer haben überzeugend berichtet, wie wenig Gewicht hier Recht und Wahrheit haben. Geständniserpressung und Schuldverfindung sind an der Tagesordnung.

#### Gelegenheit zur Rehabilitierung

Sowohl unter den Tribunalverurteilten in der Zone, als auch unter den zum Strafvollzug übergebenen 269 Nichtamnestierten aus Russland befinden sich viele sozialdemokratische Widerstandskämpfer, was Moskau und seine Pankower Satelliten natürlich verschweigen. Man versucht vielmehr, durch die Veröffentlichung einiger Prozessakten den Eindruck zu erwecken, als handele es sich ausnahmslos um Mörder und SS-Banditen. Wir glauben gern, dass sich die Russen eine gewisse Anzahl krimineller Subjekte aufgespart haben. Aber wenn deren Herausstellung nur als Rechtfertigung für das eigene Verbrechen der Zurückhaltung von Tausenden unschuldiger Menschen dienen soll, dann ist dagegen schärfster Protest einzulegen.

Den als "Schwerverbrecher" deklarierten Häftlingen sollte die Möglichkeit gegeben werden, sich vor einem ordentlichen Gericht zu rehabilitieren. Das ist leider im Pankower Marionettenstaat unmöglich. Wenn aber die Sowjets die noch ausstehenden 480 Nichtamnestierten

aus ihrem eigenen Gewahrsam wenigstens zum Teil in die Bundesrepublik schicken, dann wird sich erweisen, was man von der dubiosen Justiz der Sowjets zu halten hat. Es muss aber befürchtet werden, dass die politisch unbequemen Fälle überhaupt nicht nach Westdeutschland gebracht werden, sondern im unkontrollierbaren Dunkel der sowjetischen Zuchthäuser verschwinden.

So wenig die deutsche Öffentlichkeit die Zurückhaltung wirklicher Kriegsverbrecher beklagen und Massenmörder heroisieren darf, so nachdrücklich muss sie andererseits - gemeinsam mit der Bundesregierung - die Freilassung der Opfer des östlichen Gewaltregimes fordern.

+ + +

#### Späte Erkenntnisse

t. Die Tatsache, dass die Außenpolitik des Bundeskanzlers - die Sowjets durch die Pariser Verträge in der deutschen Frage zum Nachgeben zu zwingen - gescheitert ist, hat beträchtliche Verwirrung auch in führenden Köpfen der CDU verursacht. Die Notwendigkeit, sich aus der Verlegenheit, in die man angesichts der sowjetischen Warnungen sehenden Auges geraten ist, wieder hinausmanövrieren zu müssen, lässt immer neue geistige Kurzschlüsse entstehen. Dabei kommt man ungewollt auch zu erstaunlichen Eingeständnissen.

So wird in einem Artikel "die Sowjetunion und die deutsche Frage", erschienen in dem Organ des evgl. Arbeitskreises der CDU/CSU, festgestellt, nach der letzten Genfer Konferenz könne niemand mehr bestreiten, dass der Beitritt der Bundesrepublik zur Westeuropäischen Union und zur NATO nach den Worten der Sowjets das Haupthindernis für die Wiedervereinigung, nicht aber das einzige Hindernis bilde. Genau das hat die sozialdemokratische Opposition immer wieder und leider vergeblich warnend erklärt, und sie hat durchaus nicht, wie der erwähnte Artikel glauben machen will, von den Pariser Verträgen als dem einzigen Hindernis gesprochen. Als es noch Zeit war, als also die Pariser Verträge noch nicht unter Dach und Fach waren, da haben ausnahmslos alle Stellen der CDU diese Warnungen der SPD in den Wind geschlagen, sie als unrealistisch und töricht verworfen.

Weiter heisst es in diesem Artikel: "Nur hat mancher im Westen gebläut, alle sowjetischen Erklärungen, die in diese Richtung zielten,

bagatellisieren zu können. Der CDU-Beitrag will das zwar nicht auf die Pläne zur Bolschewisierung Deutschlands bezogen wissen. Wir meinen aber, dass "mancher im Westen" vor allem die sowjetischen Erklärungen, in denen mehrfach der Beitritt der Bundesrepublik zu den Pariser Verträgen als Haupthindernis für die sowjetische Zustimmung zur Wiedervereinigung genannt worden war, geradezu penetrant bagatellisiert hat. Und dazu gehörten in allererster Linie der Bundeskanzler und seine CDU.

Es wäre überraschend, wenn in diesem Zusammenhang nicht auch wieder die "technischen Kontakte" auftauchen würden. Der Artikel nimmt auf die Satellitenstaaten und auf die Sowjetzone Bezug und behauptet, dass dort "technische Kontakte" den "fortschrittlichen Kräften" den Weg zur kommunistischen Alleinherrschaft ermöglicht hätten. Eine solche Auslegung des im bisherigen Sprachgebrauch auch der Bundesregierung und der Koalitionsparteien ganz eindeutig bestimmten Begriffes "technische Kontakte" - denn zahlreiche solcher Kontakte bestehen ja seit Jahr und Tag mit voller Billigung bundesrepublikanischer Regierungsstellen - ist eine böswillige Verfälschung, nichts anderes.

In einem Punkte muss dem parteioffiziösen CDU-Artikel unumwunden zugestimmt werden. Er fordert nämlich, dass es Aufgabe der deutschen Politik sein solle, die deutschen "Rechtsansprüche auf die Wiedervereinigung in Zukunft unaufhörlich geltend zu machen." Diese Forderung richtet sich ganz eindeutig an die Bundesregierung. Die SPD ist Jahre hindurch bis heute nicht müde geworden, diese Forderung nach endlicher Aktivität und Initiative der Bundesregierung vorzutragen. Dass die Bundesregierung diese Aktivität und Initiative bisher vermissen liess, das war der Vorwurf, den die SPD ihr ständig machen musste. Wenn jetzt gefordert wird, dass die deutsche Politik "in Zukunft" den Rechtsanspruch geltend machen solle, dann liegt in dieser Formulierung eine ziemlich unumwundene Bestätigung für die sozialdemokratische Kritik an den bisherigen Versäumnissen der Bundesregierung.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau